

Die gestern stattgefundene Landtags-Erstatwahl für den verstorbenen Abgeordneten Stadtrat Dr. Fleiß hat sich unter noch größerer Gleichgültigkeit und Teilnahmlosigkeit der Wählererschaft vollzogen, als dies in normalen Zeiten der Fall ist. Das erklärt sich einmal aus dem Umstand, daß überhaupt kein Wahlkampf stattgefunden hat, und zum anderen aus der Wertschätzung, die dieses Klassenwahlsystem überhaupt genießt. Nicht nur die Arbeiter, auch viele Bürger sind nicht zur Wahl gegangen. Wozu noch kommt, daß sehr viele Wähler nicht wählen konnten, weil sie eingezogen sind.

Am ganzen mühten 401 Wahlmänner in 241 Urwahlbezirken gemüht werden, in 59 Wahlbezirken erübrigte sich die Wahlhandlung; davon sind in 15 Bezirken die Wahlen infolge ungenügender Beteiligung nicht zustande gekommen, in einigen anderen Bezirken wird die Wahl wohl für ungültig erklärt werden, weil Fehler vorgekommen sind oder gewisse Vorschriften nicht beachtet wurden. Darüber braucht man sich nicht zu wundern. Solche Verhältnisse kommen bei der Unfähigkeit der Massenwahlbestimmungen in gewöhnlichen Zeiten vor und sind, wie die „Frankf. Ztg.“ ganz richtig sagt, erst recht in diesen Tagen nicht zu vermeiden, in denen viele neue Leute am Wahllokal ihres Amtes walten, die keine Wahlpraxis haben und zudem der ganzen Sache kein Interesse entgegenbringen, vielmehr nur das eine, daß die Sitzung bald zu Ende ist. Deshalb hätte man der Einfachheit halber den zu wählenden Abgeordneten eigentlich ernennen sollen. Man hätte dann viel Arbeit und viel Geld sparen können. Aber das Gesetz läßt das nicht zu.

Das endgültige Resultat der Wahl kann erst dann bekannt gegeben werden, wenn die in den einzelnen Bezirken noch vorgehenden Wahlen erfolgt sind und wenn alle gewählten Wahlmänner die vorgeschriebene Erklärung abgegeben haben, daß sie für Dr. Heilbrunn eintreten.

Am Endresultat ändert sich noch zu erfüllende Formalität nicht. Die Wahl Dr. Heilbrunn ist gesichert, denn die sozialdemokratische und die nationalliberale Partei haben ja von vornherein erklärt, daß sie den Fortschrittler das Mandat nicht streitig machen wollten. Und auch von irgend einer anderen Seite ist dieser Versuch nicht unternommen worden. Mit einem Wort: es herrscht bei dieser Wahl vollkommener Burgfrieden, und wohl noch nie dürfte ein Kandidat so leichten Kaufes davon gekommen sein, wie diesmal Herr Dr. Heilbrunn.

Weitere städtische Maßnahmen zur Bekämpfung der Diphtherie.

In der Frankfurter Kurier-Korrespondenz bespricht Genosse Stadtrat Dr. Schöfer die Maßnahmen zur Bekämpfung der Diphtherie. Er sagt, daß die Mäßigung der Diphtheriefälle ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint. Trotzdem wollen die städtischen Behörden, der Elementar der Hygiene die Rechnung tragend, die vorbeugenden Maßnahmen über den Rahmen erleichteter Krankenhausaufnahme hinaus erweitern. Für die heute leider nicht geliebten Fälle, in denen weder die eigenen Mittel zur Bekämpfung der Serum-Giftstoffe ausreichen, noch Krankenhäuser oder Familienhilfe der Kriegsfürsorge oder Armenamt zuständig sind, hat der Magistrat Lokalanzeige Abgabe durch das Städtische Krankenhaus (Aufnahmestellung) angeordnet. Die dort eintreffenden Patienten werden in den eigenen Räumen der Krankenhäuser aufgenommen, wo auch die nötige Pflege und Beobachtung erfolgt. Die Krankenkassen der Kriegsfürsorge und Armenamt für prophylaktische Maßnahmen nicht auskommen dürfen. Notwendigkeit und Zahlungsmöglichkeit bezeugt auch hier der Arzt. Auf gleiche Weise verordnet der Arzt zur Desinfektion der Räume, zur Desinfektion der Wäsche, zur Abgabe der Geschwulst für freiwillige Krankenpflege, Artikel 1, 2, 3.

Auch der Mithilfe der Schule wird sich der Magistrat in diesem Stadium erhöhter Gefahr mehr als bisher bedienen. Neben den Desinfektionsmaßnahmen der Polizei wird in der nächsten Zeit eine städtische Beamtin wirken, um die Schulkinder und auch die behandelnden bei der Feststellung der Bakterienträger zu entlasten.

Milchfahrende Landfrauen. Bei einer Milchhändlerin von Oberrodach wurde Milch gefunden, die mit 10 Prozent Wasser versetzt war. Es ließ sich einwandfrei feststellen, daß nicht die Händlerin sondern zwei von ihren Lieferanten, die Landwirtschafstiermännin Emma Rodes und Elisabeth Schöb von Oberrodach, gepackte hatten. Der Staatsanwalt beantragte am Schöffengericht je 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht ließ die Landwirtschafstiermännin mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbeschuldigung mit Geldstrafe von 30 Mark davonkommen. Sie wollen's nicht wieder tun. Hoffen wir's!

Todesfall. Der letzte Bürgermeister von Hildesheim, Herr Hedde, ist in Berlin, wo er seit seiner Pensionierung wohnte, im Alter von 55 Jahren gestorben.

Den Verletzungen erliegen. Der Schaffner Andreas Blätt, der gestern beim Umsteigen von Straßenbahnwagen schwer verletzt wurde, ist seinen Verletzungen im Elisabethen-Krankenhaus erlegen.

Brand. Die Feuerwehr wurde gestern nachmittags nach dem Hause Heiligschlag 33 alarmiert, wo ein ausgebreiteter Zimmerbrand ausgebrochen war. Der Brand wurde in etwa halbstündiger Brandzeit gelöscht.

Vom Frankfurter Schlachthausmarkt. Zum Verkauf standen auf dem Markt am Donnerstag 20 Kälber, 1 Bull, 920 Kühe, 720 Mäuler, 268 Schafe und 528 Schweine. Bei den Schweinen waren es 130 Stück mehr, wie am Donnerstagmarkt der Vorwoche. Auch im Gewicht der Tiere trat eine merkliche Verschiebung ein; 296 Tiere fielen in der bestimmten Gewichtsgrenze, so daß die Käufer die für schwere Schweine gesetzlich vorgeschriebenen Zuschläge nicht zu zahlen brauchten. Für Kinder wurden keine Preise notiert. Der Markt wurde bei klottem Handel geräumt. Die Preise für Kälber gingen erheblich in die Höhe, zum Teil um 17 bis 30 Mark der Zentner Schlachtgewicht. Die stärkste Preissteigerung machte sich bei den geringen Sauglälbern bemerkbar. Der Preis erhöhte sich von 85 bis 102 Mark auf 115 bis 122 Mark; die erste Qualität kostete 142 bis 150 Mark der Zentner. Arbeiter und kleine Leute können sich unter diesen Umständen zu Weihnachten kein Kalbfleisch leisten.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung brachte Abg. Koch die Einquartierungsfragen zur Sprache, die die davon betroffenen Gemeinden und deren Bevölkerung schwer bedrücken. Darauf wurde die Heeresverwaltung durch Einlegen von Geld an die Gemeinden Rücksicht nehmen. Besonders schlimm haben sich die Verhältnisse in Genua gestaltet. — Ein Kommissar des Kriegsministeriums stellt in Aussicht, daß die gerügten Mängel beseitigt werden sollen. Kriegsminister v. Wandel und Staatssekretär Hefflerich erwidern, davon Abstand zu nehmen, in der Befehlungsfrage weitere Beschlüsse zu fassen. Man verspreche, weitere Ersparungen zu machen.

Die Abstimmung über den Antrag wird ausgesetzt. Abg. Meyer-Görffert (Nat.) hält der Regierung eine Dankrede dafür, daß sie auf dem Gebiete der Versorgung ihrer Soldatenschaft getan hat. — Redner begründet dann den Antrag, denjenigen Kriegsbeschädigten, die wegen der Art der Verwundung (z. B. Amputation) eine wesentliche Veränderung des Zustandes später nicht zu erwarten ist, bei der erstmaligen Festsetzung der Rente 80 Prozent der festgesetzten Rente für die Lebensdauer zu bewilligen.

General v. Langemann bezeichnet diesen Antrag als zu weitgehend. Man dürfe aber versichert sein, die Militärverwaltung werde nicht engherzig verfahren.

Abg. Bauer (Soz.) erklärt sich damit einverstanden, die zu dieser Materie gestellten Anträge der Regierung als Material zu überreichen. Das Kriegsministerium solle aber bestimmt erklären, daß Kriegsbeschädigten die Rente nicht entzogen wird, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen können. Die preussische Eisenbahnerverwaltung hat die Biedereinstellung Kriegsbeschädigter abgelehnt. Hier muß Schluß geschlossen werden.

Kriegsminister v. Wandel stellt fest, daß Kriegsbeschädigten die Rente nicht deshalb sofort entzogen werden soll, weil sie wieder teilweise arbeitsfähig sind. In den Militärbetrieben werden die Kriegsbeschädigten wieder eingestellt. — Der Gesetzentwurf über Anstellung der Kriegsbeschädigten werde bald veröffentlicht. Die Abänderung der Versorgungsregeln ist in Vorbereitung.

Abg. Sasse (Soz.) stellt fest, daß die Gewerkschaften eifrig bemüht sind, die Kriegsbeschädigten wieder in Arbeit zu bringen. Leider werden sie zu den Fürsorge-Kommissionen nicht zugezogen. Es mehren sich auch leider die Fälle, in denen Kriegsbeschädigte von den Unternehmern ausgebeutet werden. Das muß die Kriegsbeschädigten Arbeiter abschrecken.

Abg. Göttschke beklagt die Verschleppung bei der Bewährung der Zuschüsse. Die Rentenfestsetzung zieht sich ebenfalls oft über Jahre hin. In der Frage der Anstellung ist große Vorsicht am Platz. Die Renten-Richtlinie ist am besten durch eine sachgemäße Berufsberatung unter Mithilfe der Gewerkschaften zu bewerkstelligen. Lohnbrücker darf nicht eintreten. Die Renten der Offiziere scheinen nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen mitunter zu hoch zu sein. — General v. Langemann entschuldigt die Verzögerung mit der Menge der Fälle.

Abg. Göttschke fordert, daß die Kriegsbeschädigten mehr in den Betrieben des Reiches, des Staates und der Gemeinden untergebracht werden. Mit dem Anstellungsverfahren ist es nicht getan; es müssen auch Stellen nachgewiesen werden.

Kriegsminister v. Wandel: Die Regierung wünscht nicht, daß die Kriegsbeschädigten sich auf die Beamtenlaufbahn einrichten. Sie sollen so weit als irgend möglich in ihre früheren Berufe zurückgeführt werden. Deshalb werden Anstellungsstellen nur in beschränkter Anzahl hinausgegeben.

Abg. Bauer (Soz.): Ohne die Mithilfe der Gewerkschaften wird nichts zu erreichen sein. Die Regierung soll dies den entsprechenden Instanzen klar machen. Mit Krämpfen kann man die Staatsbetriebe nicht durchsetzen; es müssen auch gesunde Arbeiter vorhanden sein. Die Arbeitgeber zeigen leider nicht immer Entgegenkommen. Die „Deutsche Arbeiterbewegung“ hat direkt zur Lohnbrückerie aufgerufen. Es ist Standbrot, daß von dieser Seite sogar niedrigere Löhne für Kriegsbeschädigte gefordert werden. Die Arbeitsvermittlung muß einheitlich geregelt werden. Es dürfen nicht in Koffern und Kassetten Pakete angebracht werden, die dazu auffordern, bei den Unternehmern zu melden. Die Gewerkschaften arbeiten eifrig mit, diese Fragen zu regeln.

Die Anträge werden der Regierung als Material überwiesen. Die Behandlung der Mannschafsfragen ist vertraulich. Die Sozialdemokraten treten energisch für Erweiterung des Urlaubes ein. Mit Nachdruck forderten sie eine möglichst gute Behandlung der Mannschaften; dieses Verlangen wurde bezeugt durch reichhaltiges Material aus der Heimat und aus dem Felde.

Zu der Urlaubsfrage erklärte die Militärverwaltung, daß der Wehrdiensturlaub für die in der Heimat befindlichen Mannschaften eingeschränkt worden ist, um den im Felde befindlichen Mannschaften den Vorrang zu lassen. Die Besprechung militärischer Fragen wurde nunmehr unterbrochen; sie wird Freitag fortgesetzt. Die Kommission trat nun in die Beratung der Auslandspolitik ein. Auch diese Verhandlungen waren streng vertraulich.

Hieran schloß sich die Beratung der neuen Kriegskreditvorlage. Auch diese Verhandlungen waren streng vertraulich. Es kann aber so viel mitgeteilt werden, daß Abg. Genosse Scheibmann die Vertiefung größerer Mittel, als bisher bewilligt worden sind, für die Wehrmacht und für die Unterhaltung der arbeitslosen Kriegsarbeiter forderte. — Staatssekretär Hefflerich sagte das zu und erklärte, daß das Reich so weit gehen wolle, daß es den Wehrkräften, in denen vorwiegend Kriegsarbeiter sich befinden, die Ausgaben für die Unterhaltungen bis zu 50 und, wenn nötig, darüber hinaus zur Verfügung stellen wolle.

Ein Wolffisches Telegramm meldet dazu: Der Reichstag, der den Reichsfänger ermächtigt, zehn Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen, ist Donnerstagabend vom Hauptauschuß des Reichstages ohne Widerspruch angenommen worden. Wir nehmen an, daß eine formelle Abstimmung noch nicht erfolgt ist.

Sportliche Veranstaltungen.

L. B. „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Frankfurt a. M. Sonntag: Wanderung nach dem Feldberg. Abt. 7.15 Uhr vom Hauptbahnhof nach Oberursel. — Die Versicherung der Kinder unserer im Felde stehenden Mitglieder findet am zweiten Weihnachtstag, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal statt.

Telegramme.

Frankösisches Kriegsfinanzen.

Paris, 16. Dez. (W. B. Nichtamtlich.) Die Kammer setzte die Beratung über die vorläufigen Kredite für das erste Vierteljahr 1916 und die Ermächtigung zur Erhebung der Steuern im gleichen Zeitabschnitt fort. Beim Schluß der Erörterungen sprach der Finanzminister Ribot über die Gründe zu der unerhörten Vermehrung der Kriegsausgaben, die von 1500 Millionen monatlich zu Anfang des Krieges jetzt auf 2500 Millionen monatlich angewachsen sind. Alle Völker planten zurzeit eine Besetzung der Gewinne der Kriegindustrie. Auch die französische Regierung werde im Januar einen Gesetzentwurf dieser Art vorlegen. Die Einkommensteuer könne nicht in der von dem Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Weise ausgebaut werden, man müsse auf eine Anleihe zurückgreifen. Der Anleihebetrag werde nicht begrenzt sein. Er, der Minister, wolle keine Zahlen nennen, wohl aber erklären, daß das Land dem Ruf der Regierung folge und niemals eine größere Zahl von Reichnern vorhanden gewesen sei als jetzt. Die Anleihe werde aus den Erparnissen Frankreichs aufgebracht, die Spekulation habe keinen Anteil daran. Der größte Teil der Zeichnungen sei voll eingezahlt.

Paris, 17. Dez. (W. B. Nichtamtlich.) Die Kammer hat gestern mit 304 gegen eine Stimme die Gesetzentwürfe über die provisorischen Budgetwünsche für das erste Halbjahr 1916 angenommen.

England und Salonik.

London, 16. Dez. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Im Unterhause sagte Lord Robert Cecil in Beantwortung einer Frage, daß unmittelbare Ziel der Allierten sei es, die militärische Lage in Salonik zu regeln und Bulgarien wie die Zentralmächte daran zu hindern, irgend eine mittelbare oder unmittelbare Kontrolle über Salonik zu erlangen. Cecil fuhr fort: Wir glauben, daß dies den Wünschen Griechenlands selbst entspricht. Die Unterhandlungen werden eifrig fortgesetzt. Die britische Regierung hofft, daß sie bald ein befriedigendes Ergebnis haben werden. Gegenwärtig ist es nicht möglich, mehr darüber zu sagen.

Ferzeugung des russischen Wirtschaftslebens.

Petersburg, 16. Dez. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Nietich“ erklärt in seinem Leitartikel, über die Versorgung mit Lebensmitteln, Holz, Leder, Mehl herrsche in Rußland größere Aufregung als über die Kriegsergebnisse. Die Ferzeugung des wirtschaftlichen Lebens wirke niederdrückend. Das Schicksal Rußlands sei davon abhängig, wie weit es möglich sein werde, diese feindliche Niedergedrücktheit zu überwinden.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Samstag, 18. Dez., nachm. 3 1/2 Uhr: „Schneemittchen“. — 7 1/2 Uhr: „Verjagelt“. Darauf: „Die Jahreszeiten der Liebe“. Sonntag, 19. Dez., 6 Uhr: „Lohengrin“. Montag, 20. Dez., 7 Uhr: „Kinder der Erde“.

Residenz-Theater.

Samstag, 18. Dez., 10 1/2 Uhr: „Mein Däumling“. Meine Preise. — 7 Uhr: „Fühmann Genie“. Sonntag, 19. Dez., 10 1/2 Uhr: „Mein Däumling“. Meine Preise. — 8 Uhr: „Die Schöne vom Strande“.

Bekanntmachung.

Kartoffelversorgung durch die Stadt Wiesbaden.

Die Stadtverwaltung hat sich mit ausreichenden Mengen Kartoffeln eingedeckt, um die Bevölkerung bis zum Frühjahr mit Kartoffeln zu versorgen.

Im Kleinverkauf wird die Stadt den ganzen Winter hindurch Kartoffeln abgeben, sobald derjenige Teil der Einwohner, der nicht in der Lage ist, sich mit größeren Mengen einzudecken, jederzeit Gelegenheit hat, sich je nach Bedarf mit Kartoffeln zu versorgen.

Zum Einkellern gibt die Stadt Kartoffeln auf Grund der nachstehenden Bestimmungen ab.

Die Kartoffelbestands-Aufnahme hat ergeben, daß der größere Teil der Bevölkerung sich mit Kartoffeln eingedeckt hat.

Diesenjenigen Haushaltungen, die sich noch nicht mit Kartoffeln eingedeckt haben, aber dazu in der Lage sind, können von der Stadt Kartoffeln zum Einkellern erhalten.

Bestellungen auf Bezug von Kartoffeln zum Einkellern werden gegen sofortige Bezahlung und Vorlegung der Prot.-Ausweis-Karte vom 20. Dezember cr. ab vormittags zwischen 9—12 1/2 Uhr und nachmittags zwischen 3—5 1/2 Uhr im Rathaus, Zimmer 42, entgegengenommen.

Der Preis ist auf 4.05 Mark pro Zentner ab Lager festgesetzt.

Wiesbaden, den 16. Dezember 1915.

Der Magistrat.

W 1024

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5

neben Hotel Vater Rhein. 09090

Schuhwarenhaus.

Grosses Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen. Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.

Alle Bezugsquellen, solide Schuhwaren zu billigen Preisen zu kaufen. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.



Am 2. Dezember d. J. starb auf dem westlichen Kriegsschauplatz von Heidenhof fürs Vaterland

Nikolaus Schmitt.

Wir verlieren in dem Gefallenen einen braven und tüchtigen Arbeiter, der sich durch Fleiß und gute Führung unsere volle Anerkennung erworben hat. Wir werden ihm ein ehrenvolles Ansehen bewahren. Wiesbaden, den 12. Dezember 1915.

W 1025 Stadt. Schlacht- u. Viehhof-Verwaltung.

Rothchilds Arbeiterkleider-Magazin

Wellritzstraße 18

empfiehlt zu Weihnachten für die Krieger im Felde, sowie für die Familien zu Hause

warmer Winterkleidung

jeder Art. Bekannt reelle Verlebung. 2995 Billige Preise. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Die Internationalität und der Krieg.

Von Karl Lauts. Sonderdruck aus der „Neuen Zeit“ mit einem Vorwort. Preis 20 Pfennig.

Bertha von Suttner

Die Waffen nieder!

Gebunden 2. —, brosch. 60 Pf. Ausland Porto 20 Pf.

Buchhandlung Volksstimme